

Landkreis Oberhavel

Vorlage Nr.: 01785/BF/2011

öffentlich

Titel der Vorlage:

Wechsel vom Gutschein- zum Bargeldprinzip bei Asylbewerbern

Beschlussvorlage für *Kreistag*

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
<i>Kreistag</i>	<i>22.06.2011</i>	<i>Beschlussfassung</i>

Einreicher: *Fraktion Grüne/FWO*
Fraktion DIE LINKE.

Oranienburg, den 08.06.2011

Thomas von Gizycki
Fraktionsvorsitzender Grüne/FWO

Peter Ligner
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.

Beschlussvorschlag:

Die Gutscheinregelung für Flüchtlinge im Landkreis Oberhavel wird auf das Bargeldprinzip umgestellt. Die Auszahlung von Geldleistungen erfolgt auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung der jeweils Betroffenen.

Beschlussbegründung/-erläuterung:

Flüchtlinge und Geduldete sind in einem Netz von zahlreichen Mechanismen der Schikane, Ausgrenzung und Entrechtung gefangen. Für einen Großteil der diskriminierenden Lebensbedingungen bildet das Asylbewerberleistungsgesetz die gesetzliche Grundlage. In diesem repressiven Gesetz ist festgeschrieben, dass Flüchtlinge in Deutschland unter erbärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern leben müssen, von Sachleistungen oder Gutscheinen der Behörden abhängig gemacht werden, keinen ausreichenden Zugang zu Gesundheitsversorgung erhalten und gezwungen sind, von deutlich niedrigeren Leistungssätzen zu leben, als Hartz IV-EmpfängerInnen.

Die Abhängigkeit der Flüchtlinge von den mickrigen Sozialleistungen wird darüber hinaus gesetzlich durch Arbeitsverbote und nachrangigen Arbeitsmarktzugang zementiert, zudem wird der Zugang zu Deutschkursen, Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten systematisch erschwert.

Insbesondere die Ausgabe von Wertgutscheinen an Flüchtlinge stellt eine diskriminierende und bevormundende Praxis dar. In einem Europa, das immer weiter zusammen wachsen soll, ist es in einem sozialen Rechtssystem und in einer weltoffenen Region wie Oberhavel nicht hinnehmbar, dass Menschen, die ihren Herkunftsländer auf Grund von Verfolgung, sozialer und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit oder menschenunwürdigen Lebensbedingungen verlassen mussten hier weiter diskriminiert werden.

Gerade in Zeiten ungünstiger demografischer Entwicklungen ist es im Gegenteil sogar geboten Menschen, die zu uns kommen nicht nur menschenwürdig zu behandeln sondern sie aktiv zu integrieren und auszubilden. Bei einer zukunftsfähigen Migrations- und Integrationspolitik für Oberhavel kann es angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels nicht um einen falsch verstandenen Altruismus gehen, sondern um die Zukunft unserer Region. Damit wird klar: Eine menschenrechtlich verankerte Migrations- und Integrationspolitik auf der einen und den Interessen der hier ansässigen Bevölkerung auf der anderen Seite schließen sich nicht aus – sie bedingen einander geradezu. Und wer versucht, hier einen Gegensatz aufzubauen, hat die Herausforderungen nicht begriffen.